



Martin Kimmich

Die Kleinbetriebsklausel des Kündigungsschutzgesetzes

Eine rechtsgeschichtliche,
verfassungsrechtliche und
rechtssoziologische Untersuchung



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	13
Einleitung – Gang der Untersuchung.....	15
Kapitel 1: Entwicklung der Kleinbetriebsklausel des Kündigungsschutzrechts seit dem Kaiserreich bis heute	18
A. Schwellenwertregelungen im Arbeitsrecht der Kaiserzeit	18
B. Nach dem 1. Weltkrieg - Weimarer Reichsverfassung und Betriebsrätegesetz 1920.....	19
I. Mittelstandsschutz in Art. 164 WRV	20
II. Vorläuferregelungen zum Betriebsrätegesetz von 1920	21
III. Betriebsrätegesetz 1920 – Anfänge der Privilegierung von Kleinbetrieben beim Kündigungsschutz	22
C. Drittes Reich	23
D. Das Kündigungsschutzgesetz von 1951	25
I. Wesentlicher Inhalt.....	25
II. Gesetzentwurf.....	26
III. Plenarprotokoll	26
IV. Zwischenergebnis.....	27
E. Beschäftigungsförderungsgesetz 1985	28
I. Gesetzentwurf.....	28
II. Plenarprotokolle	29
III. Zwischenergebnis.....	29
F. Beschäftigungsförderungsgesetz 1996	30
I. Gesetzentwurf.....	30
II. Plenarprotokolle	32
III. Zwischenergebnis.....	33
G. Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte - 1998	34
I. Gesetzentwurf von SPD/Grüne	34
II. Gesetzentwurf der FDP-Fraktion	35
III. Plenarprotokolle	35

1. Positionen von Vertretern der Regierungskoalition	35
2. Ausführungen von Vertretern der Opposition	36
IV. Zwischenergebnis	37
H.FDP-Antrag: Reform des Kündigungsschutzgesetzes vom 12.2.2003	38
I. Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt 2003	40
I. Die Entwürfe der Fraktionen	40
II. Die Plenardebatten	41
1. Positionen von Vertretern der Regierungskoalition	41
2. Ausführungen von Vertretern der Opposition	42
III. Zwischenergebnis	42
J. Schlussfolgerungen	43
I. Vorhergehender Schwellenwert als Anknüpfungspunkt für einen späteren	43
II. Keine betriebsbezogene Rationalität bei der Festlegung von Schwellenwerten	45
III. Verständniswandel – vom Ausgleich widerstreitender Interessen zu einem wirtschaftspolitischem Ordnungsrecht	45
2. Kapitel: Verfassungsrechtlicher Rahmen der Kleinbetriebsklausel.....	47
A. Die Rechtsprechung des BVerfG zu § 23 Abs. 1 Kündigungsschutzgesetz	47
I. Kleinbetriebsklausel und Berufsfreiheit	48
1. Schutzbereich	48
2. Problem widerstreitender Grundrechtsinteressen	48
3. Abwägung widerstreitender Belange	49
a. Belange des Arbeitnehmers	49
b. Belange des Arbeitgebers	49
c. Abwägung	50
4. Eigene Stellungnahme	51
a. Interessenabwägung – Detailanalyse der Argumente des BVerfG zu den besonderen Verhältnissen im Kleinbetrieb	51
aa. Gefährdung des Geschäftserfolgs	51

(1) Gefährdung durch Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	52
(2) Gefährdung aufgrund innerbetrieblicher Querelen und personenbedingten Leistungsabfalls	53
(3) Gefährdung durch Sozialauswahl bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten.....	53
(4) Zwischenfazit.....	54
bb. Geringere Finanzausstattung von Kleinunternehmen.....	54
cc. Verwaltungsaufwand für Kleinbetriebe durch Kündigungsschutzklagen	55
dd. Fazit.....	55
b. Einbeziehung der Grundrechtssphäre Arbeitssuchender?	55
c. Fazit.....	57
II. Kleinbetriebsklausel und allgemeiner Gleichheitssatz.....	58
1. Prüfungsmaßstab – „Neue Formel“	58
2. Anwendung des Kontrollmaßstabs auf die Prüfung des § 23 Kündigungsschutzgesetz.....	60
a. Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die gewählte Größe des Betriebes.....	60
aa. Erforderlichkeit	61
bb. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	61
cc. Zwischenergebnis.....	63
b. Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den Betrieb als Anknüpfungspunkt.....	63
3. Eigene Stellungnahme	64
III. Tatsachenfeststellungen und Grundrechtsinterpretation bei der verfassungsrechtlichen Prüfung des § 23 Abs. 1 Kündigungsschutzgesetz	64
1. Verwendung von Empirie in der Rechtsprechung des BVerfG	65
2. Gerichtliche Überprüfung der tatsächlichen Annahmen des Gesetzgebers – ein Kompetenz-Konflikt.....	65
a. Einschätzungsspielraum und Typisierungsspielraum des Gesetzgebers als Lösungsansätze für das Kompetenzproblem.....	66

aa. Der Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers und empirische Erkenntnisse	67
bb. Der Typisierungsspielraum des Gesetzgebers und empirische Erkenntnisse	69
b. Anforderungen an empirische Erkenntnisse bei der verfassungsrechtlichen Kontrolle.....	71
IV. Fazit	72
B. Schlussfolgerungen für die aktuelle Regelung und rechtspolitische Vorhaben.....	73
I. Schlussfolgerungen für die Höhe des Schwellenwertes	73
II. Schlussfolgerungen für eine mögliche Abschaffung des § 23 Kündigungsschutzgesetz	74
1. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 GG	75
2. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG	76
3.Kapitel: Empirische Untersuchung der Annahmen über die Wirkungen der Kleinbetriebsklausel des Kündigungsschutzgesetzes	78
A. Möglichkeiten empirischer Sozialforschung zur Abbildung der Wirklichkeit und ihre Bedeutung für die Grundrechtsinterpretation	78
I. Empirische „Wirklichkeit“ und ihre grundsätzliche Verwertbarkeit für die Grundrechtsinterpretation.....	79
II. Datenanalyse - deskriptive und analytische Statistik.....	80
III. Erhebungsarten	82
1. Vollerhebungen.....	82
2. Stichprobenerhebungen	83
a. Geschichtete Stichproben und Zufallsstichproben.....	84
b. Signifikanz - zufällige und „überzufällige“ Ergebnisse.....	84
c. Konfidenzintervalle.....	85
IV. Fazit	87
B. Zu überprüfende Hypothesen zur Wirkung der Regelung des § 23 Abs. 1 Kündigungsschutzgesetz	87
I. Annahmen und Argumentationen, die gegen die Kleinbetriebsklausel sprechen.....	88
1. Gleichbehandlungsargument – Umfang betroffener Beschäftigter	89

2. Kleinbetriebsklausel als Nachteil für Kleinunternehmen auf dem Arbeitsmarkt - Qualifikationsargument	89
3. Ausmaß negativer Auswirkungen für ältere Beschäftigte bei Verlust des Arbeitsplatzes	89
II. Annahmen und Argumentationen, die für die Kleinbetriebsklausel sprechen.....	90
1. Ökonomische Belastung für Kleinbetriebe durch das Kündigungsschutzgesetz.....	90
a. Kosten durch Kündigungsschutzverfahren	90
b. Sozioökonomisches Argument / Nähebeziehung	90
2. Beschäftigungshemmende Auswirkungen des Kündigungsschutzgesetzes, insbes. der Kleinbetriebsklausel	92
a. Wirtschaftliche Belastungen durch das Kündigungsschutzgesetz / tatsächlicher Erfahrungen mit ihm	92
b. Abschaffung psychologischer Einstellungsbarrieren.....	93
3. Insider-Outsider-These	93
C. Empirische Untersuchung der herausgearbeiteten Argumentationen und Annahmen.....	94
I. Datenquellen für die empirische Überprüfung der dargestellten Argumentationen	94
1. Eigene Datenquellen	94
a. WSI-Befragung zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen 2001	95
b. WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003	96
2. Fremde Datenquellen	97
a. Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit	97
b. Das IAB-Betriebspanel	98
c. Forschungsprojekt Kündigungsschutz und Kündigungspraxis aus Sicht des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (Küprax).....	99
d. Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)	100
3. Zusammenschau.....	100
II. Prüfung der Argumentation der Gegner der Kleinbetriebsklausel.....	100
1. Gleichbehandlungsargument – Umfang betroffener Beschäftigter/Betriebe	101

2. Kleinbetriebsklausel als Nachteil für Kleinunternehmen auf dem Arbeitsmarkt - Qualifikationsargument	103
a. Verteilung der Formalqualifikation auf Basis der Beschäftigtenstatistik	104
b. Forschungsergebnisse des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn	106
c. Zwischenergebnis.....	107
3. Geringere Reintegrationschancen für ältere Beschäftigte	108
III. Prüfung der Argumentation der Befürworter der Kleinbetriebsklausel	109
1. Ökonomische Belastung für Kleinbetriebe durch das Kündigungsschutzgesetz.....	109
a. Kosten durch Kündigungsschutzverfahren	110
aa. Prüfungsgegenstände	110
bb. Datenquellen	111
cc. Finanzkraft von Betrieben.....	111
dd. Häufigkeit von Arbeitgeberkündigungen in Kleinbetrieben	113
(1) Anteil von Arbeitgeberkündigungen an allen Beendigungsformen	113
(a) WSI-Befragung zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen 2001	114
(b) IAB-Betriebspanel 2000-2003	115
(c) Zwischenergebnis.....	117
(2) Kündigungsquote und durchschnittliche Anzahl von Arbeitgeberkündigungen nach Betriebsgröße	117
(a) IAB-Betriebspanel 2000-2003	117
(b) WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003	119
(3) Zwischenergebnis	119
ee. Umfang und Anteil von Kündigungsschutzklagen an allen Arbeitgeberkündigungen.....	120
(1) Direkte Erhebung der Klagequote	120
(2) Indirekte Ermittlung der Klagequote – absolute Anzahl von Arbeitgeberkündigungen	122
(a) Klagequote zwischen 16 und 31 %	122

(b) Methodische Schwächen dieser Methode	123
(3) Zwischenfazit	125
ff. Verfahrensdauer	125
gg. Ausgang der Verfahren	128
(1) Häufigkeit von Urteil und Vergleich	128
(2) Kostenfolgen aus Urteilen	130
(3) Kostenfolgen aus gerichtlichen Vergleichen	130
(a) Häufigkeit von Abfindungszahlungen bei gerichtlichen Vergleichen	130
(b) Abfindungshöhen bei gerichtlichen Vergleichen.....	131
(4) Fazit: keine übermäßige Belastung von Kleinbetrieben durch die arbeitsgerichtlichen Verfahren.....	133
hh. Außergerichtliche Abfindungspraxis	133
(1) Häufigkeit von außergerichtlichen Abfindungen	133
(2) Höhe von außergerichtlichen Abfindungen.....	135
ii. Zwischenfazit zu a.	138
b. Sozioökonomisches Argument / Nähebeziehung	139
aa. Variablen einer empirischen Überprüfung	139
bb. Empirische Analyse des sozioökonomischen Arguments	139
(1) Anteil mitarbeitender Arbeitgeber nach Betriebsgröße	140
(2) Anteil der Handwerksbetriebe in den Betriebsgrößenklassen	142
cc. Zwischergebnis zu b.....	143
c. Zwischenfazit: Direkte ökonomische Belastung ist für die Kleinbetriebe durch das Kündigungsschutzgesetz nur eingeschränkt vorhanden.....	143
2. Beschäftigungshemmende Auswirkungen durch die Kleinbetriebsklausel des Kündigungsschutzgesetzes	143
a. Vorangegangene empirische Untersuchungen – insbesondere zur Wirkung des § 23 Kündigungsschutzgesetz	145
b. Ergebnisse aus Meinungsumfragen und ihre Bedeutung für die hiesige Fragestellung	147
c. WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003.....	148

aa. Deskriptive Ergebnisse zur beschäftigungshemmenden Wirkung der Kleinbetriebsklausel aus der WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003.....	149
bb. Subjektive Einstellung zum und Erfahrungen mit dem Kündigungsschutz als Einflussfaktoren auf die Einstellungsbereitschaft der Betriebe	150
(1) Subjektive Einstellung der Befragten zum Kündigungsschutz.....	151
(a) Probleme, das Arbeitsrecht zu überblicken.....	151
(b) Das größte arbeitsrechtliche Reformprojekt	152
(c) Einflussfaktor Kleinbetrieb	154
(d) Zwischenfazit	154
(2) Erfahrungen mit arbeitsrechtlichen Materien als Einflussfaktor auf die subjektive Haltung zum Arbeitsrecht / Kündigungsschutz.....	155
cc. Multivariate Analyse zu Einflussfaktoren auf Neueinstellungen.....	156
(1) Abhängige Variable: Schaffung neuer Stellen	157
(2) Unabhängige Variablen aus der WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003	158
(3) Ergebnisse des vorgestellten Modells.....	160
dd. Zwischenergebnis zu c.	160
d. Zwischenergebnis zu 2.	160
3. Das Kündigungsschutzgesetz als Schutzinstrument für Insider zu Lasten von Outsidern?	161
a. Die Insider-Outsider-Theorie in den Wirtschaftswissenschaften ...	161
b. Insider-Outsider-Theorie in der empirischen Überprüfung.	162
c. Zwischenergebnis zu 3.	164
Zusammenfassende Thesen und Schlussfolgerungen	165
Literaturverzeichnis	169